



Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

20. Dezember 2010

***Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,***

die letzte Plenarwoche in Berlin liegt hinter uns und für mich persönlich geht ein aufregendes, spannendes und interessantes Jahr zu Ende:

Als ich Ende April in den Deutschen Bundestag nachgerückte, kam ich in eine Fraktion, die noch immer mit beträchtlichen Anlaufschwierigkeiten kämpfte. Gleichzeitig erreichte die Eurokrise ihren Höhepunkt. Griechenland stand vor dem Abgrund, nur wenige Tage später musste für die gesamte Eurozone ein Rettungsschirm gespannt werden. Beschlüsse von großer Tragweite mussten von der christlich-liberalen Koalition getroffen werden.

Die Entscheidungen haben sich als richtig herausgestellt! Deutschland befindet sich im Aufschwung, trotz Banken- und Eurokrise und im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern weltweit. Zudem wurde das Energiekonzept verabschiedet, die Sicherheitsverwahrung wurde neugestaltet und die Bundeswehr wird von Grund auf reformiert.

Zu den Erfolgen gehört auch, dass Familien mit Kindern durch die Anhebung des Kinderfreibetrages und durch die Erhöhung des Kindergeldes finanziell gestärkt werden.

Ich verspreche Ihnen, dass wir diesen Weg 2011 konsequent weiterverfolgen werden, damit die Menschen in unserem Land mit Zuversicht in die Zukunft blicken können.

Ihre

Ewa Klamt

Ewa Klamt
Mitglied des Deutschen Bundestages

*Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes
Weihnachtsfest,
Zeit für besinnliche Stunden,
Zeit für Familie und Freunde,
und Zeit, um Kraft zu schöpfen für
das Jahr 2011,
welches Ihnen
Gesundheit, Glück und Zufriedenheit
bringen soll*



Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Angela Merkel setzt sich durch



Foto: Markus Hammes

EU-Länder schließen sich Berlins Forderung nach härteren Auflagen für angeschlagene Euro-Länder an

Bundeskanzlerin Merkel hatte sich bereits vor dem EU-Gipfel in Brüssel festgelegt: Gemeinsamen Euro-Anleihen (sogenannte Eurobonds) wird Deutschland nicht zustimmen.

Die aus deutscher Sicht wichtigste Entscheidung: Ein neuer dauerhafter Rettungsfonds für überschuldete EU-Staaten soll den Euro stabilisieren. Hilfen sollen nur als „letztes Mittel“ an angeschlagene Euro-Länder gewährt werden. Diese sollen zudem „strikten Bedingungen“ unterliegen.

Ein großer Erfolg für Angela Merkel, denn diese Bedingungen hatte sie vorab gestellt.

Warum keine Eurobonds?

Eurobonds, also Euro-Anleihen, würden bedeuten, dass in Deutschland wie auch in Frankreich, Österreich und den Niederlanden Bürger, Betriebe und der Staat erheblich höhere Zinsen zahlen müssten. Die Belastungen wären gewaltig gewesen. Allein auf den Bund wären Kosten in Höhe von 17 Milliarden zugekommen – pro Jahr.

Befürworter wie Luxemburgs Premierminister Juncker halten Eurobonds für ein Instrument, mit dem die gegenwärtige Krise einzelner Euro

-Länder beherrscht werden könnte. Finanzschwache Euro-Länder würden dadurch deutlich günstigere Kredite bekommen. Das verheerende Signal für diese Länder wäre jedoch, dass Überschuldung wie in Griechenland belohnt wird und in der Europäischen Union nicht mehr von reichen zu armen, sondern von soliden zu unsoliden Ländern umverteilt wird.

Wofür steht die SPD?

Unterstützung für Eurobonds gab es im Deutschen Bundestag von der SPD. Frank-Walter Steinmeier erklärte in der zurückliegenden Plenarwoche in Berlin, dass er und die SPD-Fraktion sich klar für diesen Weg aussprechen, damit umgehend den finanzschwachen Euro-Ländern geholfen werden könne. Die Frage darf erlaubt sein, warum die SPD unseren Bürgern und unserem Staat Milliardenausgaben zumuten will!

Stabilität des Euro sichern

Die CDU/CSU Fraktion hingegen will eine nachhaltige Haushalts- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union. Unsere christlich-liberale Regierung hat im zurückliegenden Jahr bewiesen, dass unser Land solidarische Hilfe leistet, wo es nötig ist. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Wir müssen die Stabilitätskultur im Euroraum ausbauen, statt sie zu schwächen.

Europas Zukunft

Wir wissen, dass kaum ein anderes Land von der Europäischen Union so profitiert hat wie Deutschland. Wiedervereinigung, wirtschaftliches Wohlergehen, Aussöhnung mit den Nachbarländern; all das wäre ohne die Europäische Union nicht möglich gewesen. Und in der Welt von heute würden selbst die Stimmen großer Staaten wie Deutschland und Frankreich kaum mehr wahrgenommen. Ohne die EU gäbe es in einer globalisierten Welt keine wirksame Vertretung unserer deutschen Interessen. Und noch immer ist die Europäische Union der wichtigste Absatzmarkt all unserer Produkte. All dies wird bei der gegenwärtigen Diskussion über den Euro gerne vergessen.

Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Erfolg für Klimaschutz und Staatengemeinschaft

Die Weltklimakonferenz hat sich nach schwierigen Verhandlungen und in letzter Minute auf ein umfassendes Maßnahmenpaket verständigt, das einen wesentlichen Schritt darstellt, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen. Die dabei getroffenen Entscheidungen sind ein Meilenstein auf dem Weg zu einem Klimaabkommen. Das Paket von Cancún umfasst die Errichtung eines globalen Klimafonds, Verabredungen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels, zum Waldschutz und zur Technologiekooperation mit Entwicklungsländern. Die Industrieländer haben zugesagt, ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern zu mobilisieren. Die Konferenz war ein wichtiger Schritt nach vorn. Die Staatengemeinschaft hat sich dabei als handlungsfähig erwiesen. Dieser Prozess muss nun fortgesetzt werden.

Fortschrittsbericht Afghanistan

Anfang des Jahres hat die christlich-liberale Koalition den notwendigen Strategiewechsel in Afghanistan mit dem Ziel eingeleitet, die afghanische Regierung zu befähigen, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen und mit der „Übergabe in Verantwortung“ zu beginnen. Dazu ist eine belastbare Lageanalyse mit klaren Kriterien notwendig. Auf rund 100 Seiten zeigt der Fortschrittsbericht auf, wo wir zurzeit stehen, wie unsere Ziele aussehen und was unter den gegebenen Voraussetzungen realistischerweise erreichbar ist. Der Bericht benennt Defizite, zeigt aber auch deutlich die erreichten Erfolge, wie etwa die erheblichen Fortschritte beim Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte.

Der Bericht stellt weiterhin fest, dass „in erster Linie eigene afghanische Anstrengungen erforderlich sind“, damit wir einen nachhaltigen Erfolg erzielen können. Die afghanische Seite muss ihre eingegangenen Verpflichtungen, wie etwa gute Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung oder den Aufbau einer unabhängigen Justiz, einhalten.

Ziel der Bundesregierung ist es, 2011 auch im deutschen Verantwortungsbereich im Norden

den Übergabe Prozess einzuleiten und - soweit die Lage dies erlaubt - ab Ende 2011/2012 einzelne nicht mehr benötigte Einsatzkräfte zu reduzieren.

Steffen Seibert bei der Landesgruppe



Ewa Klamt, MdB mit Michael Grosse-Brömer, MdB und Steffen Seibert

Zu einem Informationsgespräch traf die Landesgruppe Niedersachsen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag den Sprecher der Bundesregierung und Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Staatssekretär Steffen Seibert.

Neuer Beauftragter für Stasi-Unterlagenbehörde nominiert

Mit dem Bürgerrechtler und Journalisten Roland Jahn schlägt die Bundesregierung eine überzeugende Persönlichkeit mit hohem Ansehen und breiter Akzeptanz für die Nachfolge von Marianne Birthler als Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR vor. Roland Jahn hat sich in der DDR mutig gegen die Diktatur und gegen das Unrecht gestellt und sich für Freiheit und Demokratie eingesetzt. Er hat sich nach seiner gewaltsamen Ausbürgerung aus der DDR bis heute kompetent und engagiert der Aufarbeitung der SED-Diktatur gewidmet und ist allen Verharmlosungen dieser Diktatur überzeugend entgegengetreten.

Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag



Roland Jahn (Foto: dpa)

Roland Jahn (geb. 1953), Journalist
1977 wegen Protestes gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns vom Studium ausgeschlossen
1983 Mitbegründer der oppositionellen Friedensgemeinschaft Jena und noch im gleichen Jahr gewaltsam ausgebürgert
In der Bundesrepublik Produktion zahlreiche journalistische Beiträge zu Opposition, Menschenrechtsverletzungen und Alltag im SED-Staat.
seit
1996 Beirat Robert-Havemann-Gesellschaft / Archiv der DDR-Opposition
seit
1999 Fachbeirat der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur
seit
2006 Chef vom Dienst, stellv. Redaktionsleiter Politikmagazin „Kontraste“, ARD

Daten und Fakten:

Zahl der Beschäftigten auf Rekordhoch

Die Zahl der Beschäftigten erreichte im vergangenen Oktober mit rund 40,9 Mio. Personen den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung, gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitslosen im November deutlich unter die Marke von drei Millionen (2.931.170). Gegenüber dem Vorjahresmonat war dies ein Rückgang von 284.000. Getragen wird diese Entwicklung vor allem von dem Aufbau sozialversiche-

rungspflichtiger Beschäftigung, der sich hauptsächlich durch einen Anstieg der Vollzeitbeschäftigung auszeichnet. Gleichzeitig stieg auch die Fachkräftenachfrage weiter: Mehr als 394.000 Stellen sind derzeit zu besetzen, über zwei Drittel davon kurzfristig. Während im Vergleich zum Vorjahresmonat im Westen die Zahl der offenen Stellen um 37% zunahm, standen in Ostdeutschland 29% mehr Jobs zur Verfügung als noch im November 2009.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt)

Deutsche Ausfuhren im Oktober 2010: +19,8% zum Vorjahr.

Im Oktober 2010 wurden von Deutschland Waren im Wert von rund 86,8 Mrd. € aus- und Waren im Wert von rund 72,6 Mrd. € eingeführt. Damit stiegen die Ausfuhren im Vergleich zum Oktober 2009 um 19,8%, die Einfuhren um 21%. In die EU-Mitgliedstaaten wurden im Oktober 2010 Waren im Wert von 52,9 Mrd. € (+14,9%) versandt und Waren im Wert von 47 Mrd. € importiert (+18,3%).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Kontakt

Berlin

Ansprechpartnerin: Petra Kröber
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: (030) 22772341
Fax: (030) 22776067

Gifhorn

Ansprechpartner: Timm Bußmann
Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Tel: (05371) 728035
Fax: (05371) 728036

Peine

Ansprechpartnerin: Christine Heuer
Kantstraße 3, 31224 Peine
Tel: (05171) 7902225
Fax: (05171) 7902226



CDU